

# „Förderung von Ökoströmen“

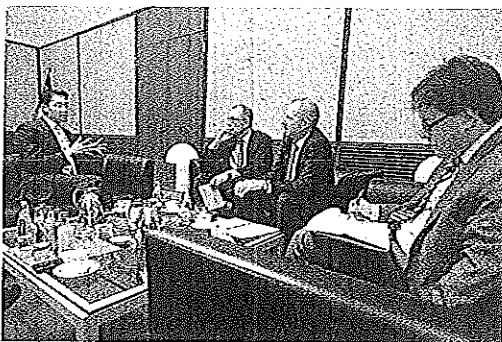
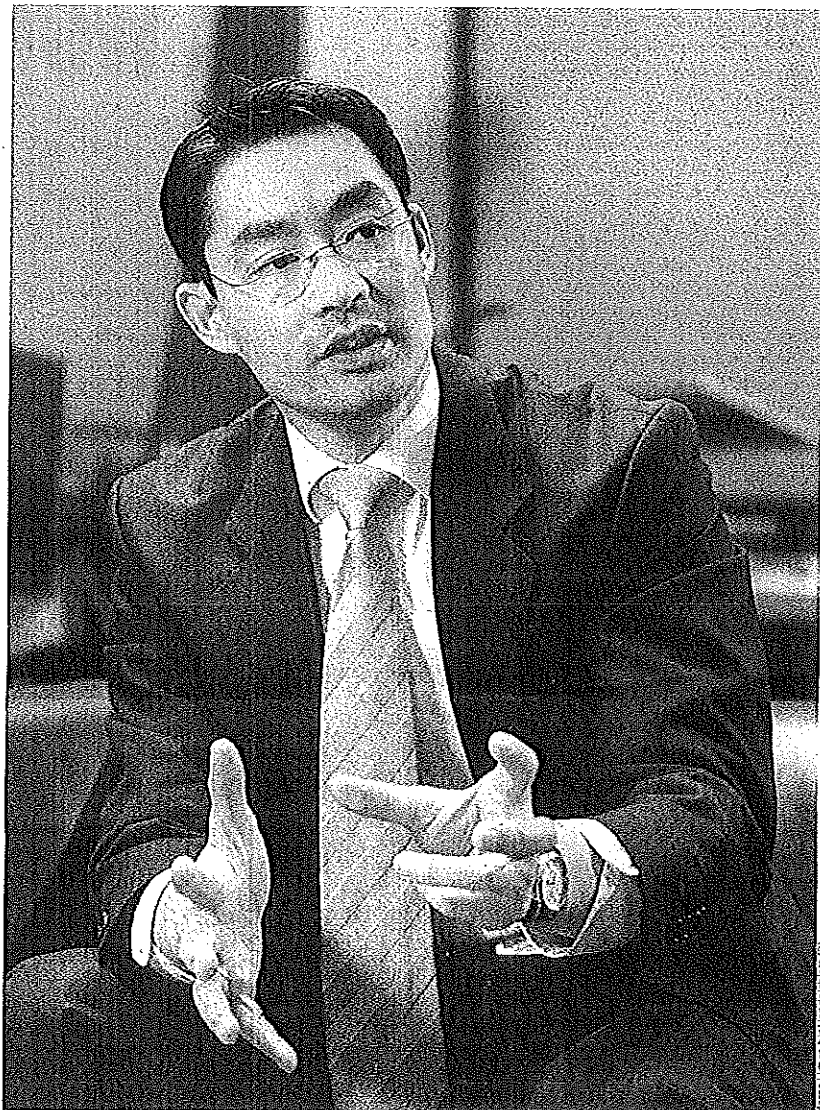
Bundeswirtschaftsminister Philipp Rösler (FDP) hält nichts vom bisherigen Vergütungssystem für die erneuerbaren Energien. Im Gespräch mit Jürgen Flauger, Thomas Sigmund und Klaus Stratmann erklärt er sein Konzept.

**Handelsblatt:** Herr Minister, die Wirtschaft klagt, dass die Energiewende kaum vorankommt. Haben die Unternehmen recht?  
**Philipp Rösler:** Die Energiewende bis 2050 kann ohne Übertreibung als Mammutaufgabe bezeichnet werden. Es ist unrealistisch, hier Erfolgsmeldungen im Wochen- oder Monatsrhythmus zu erwarten. Es geht Zug um Zug voran. Wichtige Aufträge, die Bestandteil der Gesetzesbeschlüsse zur Energiewende waren, haben wir bereits umgesetzt oder arbeiten sie derzeit mit Hochdruck ab.

**Handelsblatt:** Welche sind das?  
**Rösler:** Ein wichtiges Beispiel ist der bundesweite Netzentwicklungsplan. Die vier Übertragungsnetzbetreiber erarbeiten ihn gemeinsam, im Anschluss wird er von der Bundesnetzagentur bestätigt. Er bildet die Grundlage für einen beschleunigten Ausbau der Stromübertragungsnetze. Das ist eine wichtige Stellschraube, denn der Ausbau der Netze ist die Basis der gesamten Energiewende. Die Stromproduktion verlagert sich mit dem Ausbau der Windkraft in den Norden Deutschlands. Der Strom muss aber in unsere Verbrauchszentren im Westen und Süden geleitet werden. Das geht nur mit massiven Investitionen in neue Netze.

**Handelsblatt:** Die erneuerbaren Energien spielen bei der Energiewende eine tragende Rolle. Ist ihre Förderung in der jetzigen Form auf Dauer vertretbar?  
**Rösler:** Wir müssen die Balance zwischen einem schnellen Ausbau der erneuerbaren Energien auf der einen und einer wirtschaftlichen, sicheren Energieversorgung auf der anderen Seite finden. Im Moment ist diese Balance nicht gegeben. Eines ist klar, Strom muss für jeden Verbraucher und für die Wirtschaft bezahlbar bleiben. Deswegen ist es das Ziel der Bundesregierung, die Umlage für die Förderung der erneuerbaren Energien bei rund 3,5 Cent je Kilowattstunde stabil zu halten und einen Anstieg zu vermeiden.

**Handelsblatt:** Glauben Sie im Ernst, dass die Bundesregierung diese Zusage einhalten kann?  
**Rösler:** Das wird nicht leicht, ist aber ein wesentliches Ziel. So sprengt beispielsweise die derzeitige Ausbaugeschwindigkeit bei der Photovoltaik das wirtschaftlich vernünftige Maß. Der Ausbau ist im vergangenen Jahr in einer Größenordnung vorangeschritten, die die Planungen und Erwartungen um den Faktor zwei bis drei überstiegen hat. Erklärtes Ziel ist es, den jährlichen Zubau an Photovoltaikanlagen auf 2 500 bis 3 500 Megawatt installierter Leistung zu begrenzen. Tatsächlich wurden aber 7 500 Megawatt neu installiert. Wir wollen die staatliche Förderung auf diesen Zubau begrenzen, nicht aber den Aus-



Bundeswirtschaftsminister Philipp Rösler (oben und unten ganz links) im Gespräch mit den Handelsblatt-Redakteuren Thomas Sigmund, Klaus Stratmann und Jürgen Flauger (von links nach rechts)

bau von Solarenergie selbst. Das müssen wir unbedingt angehen. Im letzten Jahr wurden nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) über 13 Milliarden Euro an die Erneuerbaren gezahlt. Die Hälfte dieser Kosten geht an die Photovoltaik, obwohl nur drei Prozent der Stromerzeugung aus der Solarenergie stammen. Ich sehe da ein eklatantes Missverhältnis, das mir weder volkswirtschaftlich noch energiewirtschaftlich sinnvoll oder zukunftsfähig erscheint.

**Handelsblatt:** Wie wollen Sie gegensteuern?  
**Rösler:** Wenn der Ausbau der erneuerbaren Energien bezahlbar bleiben soll, müssen wir das Fördersystem anpassen und modernisieren. Es ist eine wichtige Aufgabe des Wirtschaftsministers, die Bezahlbarkeit und Zu-

verlässigkeit der Energieversorgung des Wirtschaftsstandortes Deutschlands heute und in Zukunft im Blick zu behalten. Wir müssen den Zubau bei der Photovoltaik auf ein viel niedrigeres Niveau als bisher begrenzen.

**Handelsblatt:** Wollen Sie eine absolute Obergrenze?  
**Rösler:** Nein, wir sollten den „atmenden Deckel“ beibehalten. Aber die Vergütung muss weiter sinken, schon ab einem niedrigeren jährlichen Zubauniveau, als es bisher der Fall ist. Momentan setzt diese Degression erst ab 3 500 Megawatt pro Jahr ein.

**Handelsblatt:** Das würde kurzfristig helfen. Auf lange Sicht ist das aber sicher zu wenig. Was muss noch geschehen?

Rösler über den j grund Es ist schwe „Stro den u rungs ren E Strom bare E gen, c rem N

Hande sollte. Rösler sieren Betrei vergül preise alle St der el duktic len wi weile der in erneu ren sir dukti n wichti gewor Förder ordnu durchl System

Handel gen Sie Rösler: und of neue W dell e: techno versorj nen be erneue bliebe cher e kommt

Handel Aus für Wollen Rösler: Photov voltaik werbsd Die St wird da traktiv. wettber das nicl

Handel: zum EE ministe Gefähr Energie so häufi Rösler: Abgren innerha Wirtsch Netze, I zienz u der Ent ter vera erbaren

# om sprengt das System“

**Rösler:** Ich komme immer mehr zu der Überzeugung, dass sich das EEG in seiner jetzigen Form überlebt hat und grundsätzlich reformiert werden muss.

Es ist in den 90er-Jahren von einer schwarz-gelben Bundesregierung als „Stromeinspeisegesetz“ eingeführt worden und hatte das Ziel, als Markteinführungsgesetz zu wirken. Die erneuerbaren Energien spielten damals in der Stromerzeugung eine kaum wahrnehmbare Rolle. Das Gesetz sollte dazu beitragen, die erneuerbaren Energien aus ihrem Nischendasein herauszuführen.

**Handelsblatt:** Das ist gelungen. Warum sollte man diesen Erfolg kritisieren?

**Rösler:** Weil wir das EEG jetzt modernisieren müssen. Das EEG garantiert den Betreibern der Anlagen feste Einspeisevergütungen, die weit über den Marktpreisen liegen. Die Mehrkosten zahlen alle Stromverbraucher. Die Frage nach der effizientesten Form der Stromproduktion aus erneuerbaren Energiequellen wird gar nicht mehr gestellt. Mittlerweile kommen 20 Prozent des Stroms, der in Deutschland verbraucht wird, aus erneuerbaren Quellen. Die Erneuerbaren sind damit längst kein Nischenprodukt mehr. Sie sind vielmehr zur zweitwichtigsten Quelle der Stromerzeugung geworden. Die jetzige Form der hohen Förderung lässt sich bei dieser Größenordnung deshalb mittelfristig nicht durchhalten. Das sprengt auf Dauer das System und ist nicht zukunftsfähig.

**Handelsblatt:** Welche Mechanik schlagen Sie stattdessen vor?

**Rösler:** Hier bedarf es einer intensiven und offenen Diskussion über mögliche neue Wege. Im Prinzip ist ein Mengenmodell ein wettbewerbsorientierter und technologieoffener Ansatz. Die Energieversorger würden damit verpflichtet, einen bestimmten Anteil ihres Stroms aus erneuerbaren Quellen zu liefern. Es bliebe ihnen selbst überlassen, aus welcher erneuerbaren Quelle der Strom kommt. Der Markt würde entscheiden.

**Handelsblatt:** Das bedeutete aber das Aus für die Photovoltaik in Deutschland. Wollen Sie das wirklich?

**Rösler:** Das wäre nicht das Aus für die Photovoltaik. Die Kosten für die Photovoltaik gehen aufgrund des Wettbewerbsdrucks immer weiter nach unten. Die Stromerzeugung aus Photovoltaik wird dadurch im Laufe der Zeit wieder attraktiv. So würde ein echter Effizienzwettbewerb entstehen. Der Staat müsste das nicht lenken.

**Handelsblatt:** Mit Ihren Vorstellungen zum EEG werden Sie bei Bundesumweltminister Röttgen keinen Jubel auslösen. Gefährdet es nicht die Umsetzung der Energiewende, dass die beiden Häuser so häufig gegeneinanderarbeiten?

**Rösler:** Es gibt eine klare und sinnvolle Abgrenzung der Themen und Aufgaben innerhalb der Bundesregierung. Der Wirtschaftsminister ist zuständig für Netze, Kraftwerke, Speicher, Energieeffizienz und Energieforschung. Er ist somit der Energieminister. Der Umweltminister verantwortet den Ausbau der erneuerbaren Energien.

**Handelsblatt:** Die Industrie sieht sich als Opfer der Energiewende. Sie befürchtet steigende Preise und Versorgungsunsicherheiten. Haben Sie für diese Sorgen Verständnis?

**Rösler:** Ich nehme die Sorgen der Industrie sehr ernst. Wir haben auch bereits konkret geholfen, indem wir für besonders energieintensive Unternehmen Entlastungen bei den Netzentgelten geschaffen haben. Außerdem greift die Befreiung von der EEG-Umlage nun für eine größere Zahl von Unternehmen. Zusätzlich kämpfen wir in Brüssel für Strompreiskompensationen. Hier haben wir auch schon einiges bewir-

ken können. Allerdings können wir noch nicht zufrieden sein. Die Industrie darf keine Wettbewerbsnachteile erleiden. Denn internationale Konzerne treffen ihre Investitionsentscheidungen auch mit Blick auf die Stromkosten. Wenn wir nicht aufpassen und jetzt gegensteuern, könnte eine schleichende Deindustrialisierung die Folge sein. Welche Auswirkungen das hat, sehen wir an anderen Ländern. Das müssen wir unbedingt verhindern. Dafür setze ich mich ein.

**Handelsblatt:** Herr Rösler, vielen Dank für dieses Interview.

Handelsblatt

Montag, 16. Januar 2012, Nr. 11

## Rösler: Photovoltaik nicht sinnvoll

Minister fordert grundlegende Reform der Förderung erneuerbarer Energien.

J. Flauger, T. Sigmund, K. Stratmann  
Berlin

Bundeswirtschaftsminister Philipp Rösler (FDP) fordert eine grundlegende Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG). Die Förderung des Ökostroms in der jetzigen Form habe sich überlebt, sagte er dem Handelsblatt. „Das sprengt auf Dauer das System und ist nicht zukunftsfähig“, sagte der Minister.

Besonders kritisch sieht Rösler die Photovoltaik. Die Ausbaugeschwindigkeit übersteige das wirtschaftlich vernünftige Maß. Zwischen der Höhe der Förderung und dem Beitrag der Photovoltaik zur Stromversorgung bestehe ein „eklatantes Missverhältnis, das mir weder volkswirtschaftlich noch energiewirtschaftlich sinnvoll oder zukunftsfähig erscheint“, sagte er.

Rösler setzt mit seiner Kritik an der EEG-Förderung Bundesumweltminister Norbert Röttgen (CDU) unter Druck. Röttgen war Ende 2011 von den Spitzen der Regierungsfractionen aufgefordert worden, bis zum 25. Januar eine Strategie zur Begrenzung der EEG-Kosten vorzulegen. Die EEG-Umlage summierte sich 2011 auf 13 Milliarden Euro, die auf alle Verbraucher umgelegt werden. Ausnahmen gelten für Teile der Industrie.

Rösler spricht sich dafür aus, die im EEG festgeschriebenen festen Einspeisevergütungen aufzugeben. Stattdessen will der Minister die Versorger verpflichten, einen Teil ihres Stroms

aus erneuerbaren Quellen zu liefern. Sie könnten die Erzeugungsförm selbst wählen. „Dieses Mengenmodell wird einen Effizienzwettbewerb auslösen.“

Der Vorstoß des Ministers dürfte beim CDU-Wirtschaftsflügel auf Zustimmung stoßen. In einem jetzt bekannt gewordenen Papier fordern Unions-Fraktionsvize Michael Fuchs, der wirtschaftspolitische Sprecher der Union, Joachim Pfeiffer (CDU), sowie der Energie-Koordinator Thomas Bareiß (CDU) ebenfalls weitreichende Einschnitte in das EEG.



Philipp Rösler

Interview Seiten 12, 13